



Stand vom Montag
1 US \$ = 0,786 Euro
1 Euro = 1,271 US\$

Das ideale Geschenk

Bestell Coupon auf Seite 2

Arme werden immer ärmer

Seite 6

WP-Weihnachtsmarkt: Alles was Sie für's Fest brauchen

Seite 14 & 15

„Uns Uwe“: Rauschendes Fest zum 70.

Seite 9

NACHRICHTEN

Deutschland bekennt sich zu EU-Verfassung
Berlin (dpa) - Die Bundesregierung geht mit einem Bekenntnis zur Fortsetzung des EU-Verfassungsprozesses in die Ratspräsidentschaft der Europäischen Union im ersten Halbjahr 2007. Bei einer Sonderveranstaltung in Berlin präsentierte das Kabinett die Ziele der deutschen Präsidentschaft. Schwerpunkte: Energie und Klimaschutz, die Förderung von Bildung und Forschung und eine stärkere Kooperation gegen den Terror. Nicht konkret Stellung bezieht die Bundesregierung zu den umstrittenen Beitrittsverhandlungen mit der Türkei.

Investor lehnt MAN-Angebot für Scania ab
Stockholm - Die schwedische Finanzgesellschaft Investor hat ihre Ablehnung des letzten Angebotes für eine Übernahme des schwedischen Nutzfahrzeugherstellers Scania durch MAN bekräftigt. Investor ist zweitgrößter Anteilseigner bei Scania nach VW.

14,5 Jahre Haft für Vater wegen Tötung seiner Kinder
Mühlhausen - Im erneuten Prozess um den Totschlag zweier Kinder in Heiligenstadt ist der angeklagte Vater zu vierzehneinhalb Jahren Haft verurteilt worden. Der BGH hatte die frühere Verurteilung wegen Totschlags teilweise aufgehoben. Der Mann hatte 2004 aus Verzweiflung über seine gescheiterte Beziehung zur Mutter der Kinder seinen knapp zweijährigen Sohn und seine fünfjährige Tochter im Schlaf erstochen.

Mann lag sieben Monate tot in Wohnung
Konstanz - Ein 60-jähriger Mann hat sieben Monate lang tot in seiner Wohnung im baden-württembergischen Konstanz gelegen. Die Polizei bestätigte entsprechende Presseberichte. Obwohl der Briefkasten des Sozialhilfeempfängers überquoll, hatten die Nachbarn keinen Verdacht geschöpft. Das Amtsgericht wurde jedoch misstrauisch, als Post wiederholt nicht zugestellt werden konnte. Daraufhin brach die Polizei die Wohnung auf und entdeckte die stark verwesene Leiche.

PERIODICALS MAIL

Pannen im deutschen Stromnetz

10 Millionen in Westeuropa ohne Strom



Der Kreuzfahrtschiff-Neubau „Norwegian Jewel“ für die Norwegian Cruise Line (NCL) verlässt den Werfthafen der Meyer-Werft in Papenburg (Kreis Emsland) und passiert die Hochspannungsleitung des Energieversorgers e.on (Archivfoto).

Hamburg (dpa) - Nach mehreren Pannen im deutschen Stromnetz sind am Samstagabend in Millionen Haushalten in Westeuropa die Lichter ausgegangen. In Deutschland saßen weit über eine Million Menschen in Nordrhein-Westfalen, Bayern und Hessen im Dunkeln. In Frankreich hatten fünf Millionen Bürger nach Medienberichten keinen Strom. Der Energieausfall dauerte meist nicht länger als eine Stunde, legte aber in Deutschland und Belgien den Zugverkehr streckenweise lahm.

Eine der Ursachen für den Blackout könnte die geplante Durchfahrt des Kreuzfahrtschiffes „Norwegian Pearl“ auf der Ems unter einer abgeschalteten Starkstromleitung gewesen sein, sagte ein E.ON-Sprecher. Ferner habe eine Panne bei der Einspeisung von Strom aus Windkraft ins Netz nach Darstellung des nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministeriums den Stromausfall mit verursacht.

Die Bundesregierung griff die Energieversorger scharf an. Bayerns Wirtschaftsminister Erwin Hubers sprach von einem Alarmsignal, „das alle Verantwortlichen dazu bringen muss, die Versorgungssicherheit zu überprüfen und gegebenenfalls Nachbesserungen vorzunehmen“.

Der italienische Ministerpräsident Romano Prodi forderte eine EU-Strombehörde „Europaweite (Strom) Verbindungen ohne eine gemeinsame europäische Behörde - das ist ein Widerspruch“, sagte Prodi. Dies sei eine ernste Angelegenheit, bei der die Politiker eingreifen müssten. „In Europa hängt heute jeder von jedem ab, aber es gibt noch keine gemeinsame europäische Energiepolitik“, fügte der frühere EU-Kommissionspräsident hinzu.

Etwa zehn Millionen Europäer seien von der Panne betroffen gewesen, sagte der Präsident des französischen Stromzulieferers RTE, André Merlin, am Sonntag in Paris. Über Schäden wurde zunächst nichts bekannt. Dank der späten Stunde am Samstag blieb ein Verkehrschaos aus, obwohl Ampeln nicht mehr funktionierten. vielerorts musste die Feuerwehr ausrücken, um Menschen aus stecken gebliebenen Fahrstühlen zu befreien. In Coburg in Oberfranken nutzten vier Ganoven die Gunst der Stunde, schlugen die Schaufensterscheibe eines Handy-Schäfts ein und flüchteten mit mehreren Telefonen.

„Eine halbe Stunde vor dem Netzausfall wurde eine Höchstspannungsleitung über der Ems nördlich von Papenburg ausgeschaltet, um ein Schiff passieren zu lassen“, sagte der Sprecher der E.ON Netz, Christian Schneller, am Sonntag der dpa. „Hier kann es möglicherweise einen Zusammenhang geben. Es erklärt den Vorgang aber nicht. Es muss noch andere Ursachen geben.“ Für große Schiffe sei es

zu riskant, unter einer nicht abgeschalteten Hochspannungsleitung durchzufahren, sagte ein Sprecher der Meyer-Werft. Ein Sprecher des nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministeriums erläuterte am Sonntag, je nach Menge des zugeföhrten Windkraft-Stroms müsse der Anteil von Strom anderer Energieträger angepasst werden. Am Samstag habe es eine erhöhte Einspeisung von Windkraft-Strom gegeben, im Gegenzug sei vermutlich die übrige Strommenge nicht ausreichend reduziert worden.

Der Stromausfall betraf nach Bahnangaben über 100 Züge mit mehr als 1000 Fahrgästen. „Die Auswirkungen waren aber in ganz Deutschland deutlich zu spüren“, sagte Bahn-Sprecher Achim Strauß in Berlin. Züge hätten bis zu zwei Stunden Verspätung gehabt.

In Frankreich traf der Blackout vor allem den Norden und einige Stadtteile von Paris. Französische Medien sprachen von der „größten Strompanne seit fast 30 Jahren“. In

Belgien kam der Zugverkehr bei Antwerpen zum Erliegen. In Italien waren mehr als hunderttausend Menschen betroffen, vor allem in Turin und Umgebung.

Auch in einigen Teilen Spaniens kam es zu Energie-Engpässen. Dort waren Kraftwerke automatisch abgeschaltet worden. Die Verbindung von Spanien nach Marokko sei zum Schutz der dortigen Anlagen abgestellt worden. In Österreich waren nach offiziellen Angaben 2000 Haushalte 13 Minuten ohne Elektrizität.

Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU) verlangte von E.ON eine rückhaltlose Aufklärung.

Die Ursache für Stromausfall ist immer noch unklar. E.ON-Chef Wulf Bernotat verneinte die Frage, ob E.ON praktisch den Schalter zur Stromversorgung von ganz Europa in der Hand habe. Dies sei nicht der Fall. Die Stromnetze seien miteinander verbunden. Es gebe nicht einen Schalter, sondern mehrere Schalter, die miteinander vernetzt seien.



Der Energieriese Eon hat sich nach dem Stromausfall in Westeuropa gegen Vorwürfe gewehrt, die Konzerne würden nicht genug in die Netze investieren.

Deutscher Bundesrat verabschiedete Elterngeld

Berlin (dpa) - Berufstätige Eltern werden in Deutschland künftig stärker gefördert. Der Bundesrat billigte am Freitag das neue Elterngeld. Er soll Familien die Entscheidung für ein Kind erleichtern und die niedrige Geburtenrate in Deutschland erhöhen.

Vom 1. Januar 2007 an können alle Familien nach der Geburt eines Kindes ein Elterngeld beantragen. Begünstigt wird das Elterngeld, das nach der Geburt eine Zeit lang seine Erwerbs-Arbeit für die Kinderbetreuung unterbricht. Die zuvor berufstätigen Mütter

oder Väter erhalten 67 Prozent des letzten Nettolohnes - maximal 1800 Euro monatlich. Alleinerziehende, Geringverdiener und die Bezüher von Arbeitslosengeld II erhalten einen monatlichen Sockelbetrag von 300 Euro. Das Elterngeld gibt es zusätzlich zum Kindergeld.

Das Elterngeld gibt es zunächst für zwölf Monate. Zwei weitere Monate wird das Elterngeld gezahlt, wenn das berufstätige Elternteil - meist die Väter - dafür die Kinderbetreuung übernimmt. Alleinerziehende erhalten das Elterngeld die vollen 14 Monate.

EU-Grenzschutz

Deutschland lenkt im Streit um Datenbank ein

Brüssel (dpa) - Im Streit um die geplante Datenbank für den Grenzschutz der Europäischen Union haben Deutschland und Tschechien eingelenkt. Die beiden Länder bestehen nach Diplomatenangaben vom Freitag nicht länger darauf, dass auch die Geheimdienste auf die Daten im so genannten Schengen Informationssystem (SIS II) zugreifen dürfen. Das Europa-Parlament hatte dies strikt abgelehnt.

Wichtiger als diese Frage war es Deutschland den Angaben zufolge gewesen, dass überhaupt eine Rechtsgrundlage für die neue Datenbank beschlossen wird. In einer Protokollnotiz hätten die EU-Botschafter aber erklärt, dass später erneut über die Öffnung von SIS II für alle Behörden, die dort Daten einspeisen, nachgedacht wird.

Dieser Beschluss im Brüsseler Ausschuss der Ständigen Vertreter entspricht der Haltung, die Bundes-

innenminister Wolfgang Schäuble vergangene Woche am Rande eines Innenministertreffens im englischen Stratford-on-Avon eingenommen hatte. Er hoffe, das Europa-Parlament in einem „zweiten Anlauf“ noch von seiner Forderung überzeugen zu können, sagte Schäuble dort. Die Einführung von SIS II solle sich deshalb aber nicht verzögern.

Zum Schengenraum ohne Binnengrenzen gehören die 15 alten EU-Staaten außer Großbritannien und Irland sowie zusätzlich Island und Norwegen. Das gemeinsame Computersystem speichert Warnhinweise zu Personen mit Einreiseverbot ebenso wie gestohlene oder verlorene Identitätsdokumente. SIS II soll auch biometrische Daten wie ein digitalisiertes Gesichtsbild sowie Fingerabdrücke umfassen, um etwa die Suche nach gestohlenen Fahrzeugen zu erleichtern.

Schadensersatz an Zeitung:

Regierung in Wien muss 34 000 Euro zahlen

Straßburg (dpa) - Die Regierung in Wien muss wegen Verletzung der Meinungsfreiheit 34 000 Euro Schadensersatz an die österreichische Tageszeitung „Der Standard“ und an zwei Journalisten zahlen. Zu diesem Urteil kam am Donnerstag vergangener Woche in Straßburg der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in drei Fällen.

Gegenstand der Beschwerden war unter anderem ein kritischer Artikel 1998 über den früheren Vorsitzenden der rechtsgerichteten Freiheitlichen Partei (FPÖ), Jörg Haider, 1998. Darin war Haiders Führungsstil kritisiert und eine Verurteilung des Politikers wegen Beleidigung eines Hochschullehrers erwähnt worden. Ein österreichisches Gericht hatte den verantwortlichen Journalisten nach einer Klage Haiders deswegen zu einer Geldstrafe verurteilt. In dem zweiten Fall ging es um

Beleidigung und üble Nachrede gegen einen Richter im Zusammenhang mit einem Artikel über Homosexuelle 1998. Ein österreichisches Gericht hatte nach der Klage des Richters einen Journalisten zu einer Geldstrafe verurteilt.

Nach Einschätzung der Richter in Straßburg haben die Zeitung und die Journalisten in beiden Fällen ihre Verantwortung als „Wachhunde der Gesellschaft“ ausgeübt. Beide Verurteilungen waren „unter diesen Umständen in einer demokratischen Gesellschaft nicht erforderlich“, hieß es in der Urteilsbegründung.

Im Fall Haider seien die umstrittenen Aussagen „ein politischer Kommentar“ gewesen, der „auf Fakten beruhte“. Im Fall des Richters sei die Kritik „weder ungerechtfertigt noch zerstörerisch“ gewesen. In Straßburg geklagt hatten der Standard-Verlag und zwei Journalisten der Zeitung.

Nach Saddam-Urteil

Merkel unterstreicht Ablehnung der Todesstrafe

Berlin (dpa) - Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat angesichts des Urteils gegen den irakischen Ex-Diktator Saddam Hussein die ablehnende Haltung der Bundesregierung gegenüber Todesurteilen unterstrichen. Zugleich betonte sie am Sonntag in Berlin am Rande einer Sonderveranstaltung des Kabinetts vor anstehenden EU-Ratspräsidentschaft,

die Zeit des Saddam-Regimes müsse gerichtlich aufgearbeitet werden. Saddam war von einem Sondertribunal in Bagdad wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zum Tode durch den Strang verurteilt worden. Bereits für Montag wurde mit der Einleitung einer Revision gerechnet.

Deutschland erwartet fast 40 Milliarden mehr Steuereinnahmen

Berlin (dpa) - Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden in Deutschland fallen in diesem und im nächsten Jahr um insgesamt 39,5 Milliarden Euro höher aus als erwartet.

Das teilte das Bundesfinanzministerium am Freitag in Berlin nach den Beratungen des Steuer-schätzer-Kreises am Tegernsee mit. Die Bundesregierung will die zusätzlichen Steuermilliarden sowie Überschüsse bei den Sozialkosten zum Abbau der Neuverschuldung sowie zur weiteren Senkung der Lohnzusatzkosten verwenden.

Dieses Jahr wird gegenüber der Mai-Steuer-schätzung mit einem Plus für den Gesamtstaat von 19,4 Milliarden Euro gerechnet, im kommenden Jahr sind es 20,1 Milliarden Euro. Damit steigen die

Steuereinnahmen so stark wie seit der deutschen Wiedervereinigung 1990 nicht mehr. Die Staatskassen profitieren 2006/2007 vor allem von der anziehenden Konjunktur und sprudelnden Unternehmensgewinnen.

Für den Bund ergibt sich in diesem Jahr ein zusätzliches Plus von 8,4 Milliarden Euro und im nächsten Jahr von 9,0 Milliarden Euro. Die Länder können mit zusätzlichen Einnahmen von 7,5 Milliarden Euro in diesem Jahr und 7,6 Milliarden Euro im nächsten rechnen. Für die Kommunen gehen die Steuer-schätzer von einem zusätzlichen Einnahmehplus in Höhe von 3,9 Milliarden Euro beziehungsweise 4,0 Milliarden Euro aus. Dagegen müssen die EU-Kassen mit Mindereinnahmen von insgesamt 1,1 Milliarden Euro rechnen.

POSTMASTER: MUST BE DELIVERED BY NOV. 11, 2006